

Für uns war und ist das keine von außen auferlegte Pflicht, sondern ein notwendiger Schritt, um Faschismus und Militarismus samt seinen Grundlagen auszurotten und dadurch den Frieden in Europa sichern zu helfen. Schon im Manifest des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ vom Juni 1943 wurde als eine der Voraussetzungen für ein wirklich freies Deutschland gefordert: „Gerechtes schonungsloses Gericht über die Kriegsverbrecher, über die Anführer, ihre Hintermänner und Helfer, die Deutschland ins Verderben, in Schuld und Schande stürzten.“ Im Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands vom Juni 1945 wurde unter den unmittelbarsten und dringendsten Aufgaben zur demokratischen Erneuerung Deutschlands genannt: „Mithilfe aller ehrlichen Deutschen bei der Aufdeckung versteckter Naziführer, Gestapoagenten und SS-Banden ..., strengste Bestrafung durch deutsche Gerichte aller jener Nazis, die sich krimineller Verbrechen und der Teilnahme an Hitlers Volksverrat schuldig gemacht haben.“ Der Beschluß des Vereinigungsparteitages vom April 1946 über die Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands forderte ebenfalls: „Bestrafung aller Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher.“ Die Verpflichtungen des Potsdamer Abkommens, des Nürnberger Statuts und anderer völkerrechtlicher Dokumente entsprechen also völlig den Aufgaben, die wir uns selbst gestellt haben. Wir haben diese Aufgaben erfüllt und werden sie — wie der Gesetzentwurf zeigt —, auch in Zukunft erfüllen. Wir zeigen damit vor aller Welt, daß in unserem Staat der Arbeiter und Bauern Frieden und Gerechtigkeit, Völkerfreundschaft und Völkerrecht oberste Prinzipien der Staatspolitik sind.

Man sage nicht, nach 20 Jahren könne man die Vergangenheit ruhen lassen und das Geschehene vergessen. Es geht weniger um die Vergangenheit, als um die Gegenwart und Zukunft des deutschen Volkes und anderer Völker. An der Antwort auf die Frage, ob die schwersten Kriegs- und Nazi verbrechen verjähren sollen, kann man deutlich sehen, wer heute in Deutschland Frieden und Entspannung will und wer auf neue Aggressionsverbrechen zusteuert.

Es handelt sich ja nicht darum, daß ein paar vergessene Verbrecher übrig geblieben sind. Es handelt sich darum, daß Kriegs- und Nazi-verbrecher in hohen und höchsten Bonner Ämtern sitzen, wie Trettnner, in der Wirtschaft bestimmen, wie Bütefisch, oder in Westdeutschland untergetaucht sind, wie es die KZ-Mörder aus dem Auschwitz-